



'Kontrovers' - HRE: Steuerzahler-Millionen für leere Büros

"Kontrovers" - HRE: Steuerzahler-Millionen für leere Büros
Experten werfen der verstaatlichten Hypo Real Estate vor, bei der Vermarktung der von ihr langfristig angemieteten Büro-Immobilie in der Münchner Innenstadt schwere Fehler gemacht zu haben, die den Steuerzahler bis heute viele Millionen kosten. Das belegen Recherchen des BR-Politikmagazins "Kontrovers".
Seit Jahren zahlt die HRE Miete für einen in Teilen ungenutzten Bürokomplex in Münchner Bestlage. Angemietet wurde dieser im Jahr 2007, um dort die Konzernzentrale zu errichten. Der langfristige, bis heute gültige Mietvertrag beinhaltet nach BR-Recherchen eine Jahresmiete von rund sieben Millionen Euro.
Nachdem die Bank 2008 kurz vor dem wirtschaftlichen Aus stand und nur durch staatliche Hilfe gerettet werden konnte, verzichtete der damalige HRE-Chef Axel Wieandt auf den Umzug in die Luxusimmobilie Lehel-Carré und ließ deutlich günstigere Büros nördlich von München anmieten. Durch eine Untervermietung der Immobilie in der Innenstadt sollten Kosten gespart werden. Allerdings stehen sechzig Prozent der Flächen immer noch leer, wie die HRE auf Anfrage bestätigte. Seit 2009 dürfte sich der Verlust durch Mietzahlungen auf einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag summiert haben, für den der Steuerzahler aufkommen muss.
Experten kritisieren die HRE-Strategie als unrealistisch: "Die Immobilie steht jetzt vier Jahre leer, das macht einen sehr schlechten Eindruck auf potenzielle Mieter, die Interesse haben könnten. Man hat so einen Stigmatisierungseffekt im Hinblick auf die Immobilie", sagt Professor Stephan Kippes, der an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen Immobilienmarketing lehrt. Die HRE habe zu hohe Mieten verlangt, die wiederholte Ablehnung von Interessenten sei ein schwerer Fehler gewesen.
Fachleute gehen davon aus, dass die Verluste geringer wären, wenn man die Büros in Bestlage billiger angeboten hätte.
Die HRE stand 2008 in Folge der weltweiten Finanzkrise kurz vor dem Aus. Seitdem flossen rund 150 Milliarden Euro staatlicher Hilfen an die Bank. 2009 wurde das Institut verstaatlicht und in der Folge in die Deutsche Pfandbriefbank und die FMS Wertpapiere aufgespalten.
Zur Veröffentlichung frei bei Quellenangabe "BR-Politikmagazin Kontrovers".
Pressekontakt: pressestelle@br.de

Pressekontakt

Bayerischer Rundfunk - BR

80335 München

Firmenkontakt

Bayerischer Rundfunk - BR

80335 München

Radiosender und Fernsehender in Bayern.